

Über Frieden reden und Krieg führen: Die Verhandlungen zwischen der Türkei und PKK

Joost Jongerden

Joost Jongerden: *Über Frieden reden und Krieg führen: Die Verhandlungen zwischen der Türkei und PKK*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/10.53291/AGFI9651>

Einleitung

Am Abend des 24. Juli 2015 starteten gegen 22:30 Uhr Ortszeit etwa 20 F-16-Kampffjets von Diyarbakır aus, um Stützpunkte der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in der Region Kurdistan im Irak (KRI) anzugreifen. Die Luftangriffe markierten das Ende von rund zwei Jahren andauernden Treffen zwischen Abdullah Öcalan, dem auf der Gefängnisinsel İmralı in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden der PKK; der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK), die in den Qandil-Bergen an der Schnittstelle zwischen Irak, Türkei und Iran¹³¹ ansässig ist; einer politischen Partei, die gegründet wurde, um eine Lösung für die kurdische Frage und eine Demokratisierung der Türkei zu finden¹³²; kurdischen Diplomat:innen und

131 Qandil wird auch als Metonym für die PKK und ihre Führung verwendet und nicht unbedingt für ihren physischen Standort.

132 Zunächst die Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP), später die Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP).

Aktivist:innen in Europa; Unterstaatssekretär:innen und Minister:innen der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP); und Mitgliedern des türkischen Inlandsgeheimdienstes (Millî İstihbarat Teşkilatı, MİT). Bei diesen Treffen sollte eine Lösung für die kurdische Frage gefunden werden. Doch die Nacht, in der die F-16 abhoben, um die PKK zu bombardieren, war der Beginn einer erneuten Eskalation der Gewalt.

Während die F-16 ihre Bomben in den Bergen des Grenzgebiets abwarfen, war die Brutalität der Gewalt zuerst in den Städten und Dörfern im Südosten der Türkei zu spüren. Die HDP versuchte verzweifelt, den entgleisten Prozess wieder in Gang zu bringen, und mobilisierte ihre Wählerschaft zur Verteidigung der „Selbstverwaltung“¹³³ – die als demokratische Autonomie bezeichnet wird –, während bewaffnete kurdische Jugendliche auf den Straßen Barrikaden errichteten. Der Staat reagierte mit Ausgangssperren in mehreren kurdischen Städten, die von Zehntausenden von Sicherheitskräften verschiedener Behörden (reguläre Armee, Sonderpolizei, staatlicher Geheimdienst) vollstreckt wurden, begleitet von der Entsendung schattenhafter Spezialeinheiten wie den „Löwen von Allah“-Teams (*Eseddulah Timleri*). Der Widerstand setzte Handfeuerwaffen, Sprengfallen und Tunnel ein; der Staat zerstörte Wohngebiete mit schwerem Beschuss, verhinderte durch Scharfschützenfeuer, dass Menschen ins Krankenhaus kamen oder ihre Toten begraben konnten, und verübte eine ganze Reihe weiterer

133 Als Reaktion auf den Rückzug der AKP aus den Gesprächen über eine politische Lösung beschloss die HDP, einseitig die „Autonomie“ zu verkünden. Interessanterweise kritisiert Öcalan in den Protokollen der Treffen zwischen Öcalan und der BDP/HDP-Delegation die PYD für die Ausrufung einer „demokratischen Autonomie“ in Syrisch-Kurdistan, etwas, was von der Türkei entschieden abgelehnt wurde: „Sie halten sehr stark an der Erklärung der Autonomie fest. Warum?“, fragt Öcalan rhetorisch. „Sie haben es seit zwei Jahren in der Praxis. Welchen Unterschied macht das?“ Das Gleiche gilt für die Erklärung der Demokratischen Autonomie in Diyarbakir im Jahr 2015 durch den Demokratischen Gesellschaftskongress (*Demokratik Toplum Kongresi*, DTK) und die HDP.

Übergriffe und Verbrechen, die bis zum Einsatz von Vergewaltigungen als Terrorwaffe und Massakern durch Verbrennung bei lebendigem Leib reichten. Den verschiedenen staatlichen und außerstaatlichen Kräften wurde praktisch ein Freibrief für die Räumung der Gebiete ausgestellt, ungehindert von rechtlichen Gesichtspunkten und begünstigt durch eine Nachrichtensperre. Bis Ende 2016 wurden ganze Stadtteile in Schutt und Asche gelegt, und die kurdische Frage wurde faktisch re-militarisiert (Jongerden 2019).

Zu Beginn des Jahres, am 28. Februar 2015, nur wenige Monate bevor die F-16 ihren Stützpunkt in Diyarbakir verließen, gaben der stellvertretende Ministerpräsident Yalçın Akdoğan, Innenminister Efkân Ala und die HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder, İdris Baluken und Pervin Buldan eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie erklärten, dass die Gespräche zwischen der PKK und dem Staat einen entscheidenden Punkt erreicht hätten und dass der „demokratische Frieden“, den sie anstrebten, der Türkei gleiche Rechte, Gerechtigkeit und Gleichheit bringen würde.¹³⁴ Dieses Dolmabahçe-Abkommen, benannt nach dem osmanischen Palast, in dem die Roadmap verkündet wurde, sollte einen Prozess einleiten, der einen jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt beenden und die kurdische Frage lösen sollte, die die Republik seit ihrer Gründung belastet hatte.

Dem Dolmabahçe-Abkommen waren 2013 zwei Jahre der Interaktion vorausgegangen. Im selben Jahr wurde die Newroz-Erklärung¹³⁵ von Abdullah Öcalan mit Hoffnung aufgenommen. In dieser performativen Erklärung erklärte er: „Wir haben den Punkt erreicht, an dem die Waffen schweigen können und Ideen und demokratische Politik die Chance haben, zu sprechen“. Schließlich kündigte die PKK 2015 die Organisation eines Sonderkongresses an, auf dem sie über die Niederlegung der Waffen

¹³⁴ www.cumhuriyet.com.tr/haber/dolmabahce-anlasmasi-224047

¹³⁵ An Newroz, dem 21. März, feiern die Kurd_innen das Neujahrsfest und gedenken eines alten Mythos vom Aufstand gegen die unterdrückerische Herrschaft.

beraten wollte. Doch die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wurden durch die Bitterkeit des Krieges ersetzt, als sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine AKP an die Nationalisten der MHP wandten, um ihre (parlamentarische) Wahlposition zu festigen, und an die Hardliner in der Armee, die die Gespräche mit den Kurd:innen mit Missbilligung und Bestürzung verfolgt hatten und nun freie Hand bekamen, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen.

In diesem Artikel werde ich die Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung bewerten und darlegen, warum die von vielen als „Friedensgespräche“ bezeichneten Gespräche gescheitert sind. Dazu gehört eine Diskussion darüber, wie die Gespräche zu definieren sind. Handelte es sich bei diesen „Friedensverhandlungen“, wie sie oft genannt wurden, tatsächlich um solche, oder waren sie aus staatlicher Sicht vor allem geheimdienstliche Operationen im Dienste einer übergreifenden Sicherheits- und Kriegsstrategie? Die Daten für diesen Artikel stammen aus Berichten über die Gespräche zwischen der PKK und der AKP-Regierung, die von der kurdischen Seite veröffentlicht (aber von türkischer Seite nicht bestritten) wurden, sowie aus öffentlichen Erklärungen der Konflikt- und Verhandlungsparteien (hauptsächlich Führungspersönlichkeiten und Sprecher:innen der AKP).

Dieser Artikel beginnt mit einem kurzen Hintergrund zur „kurdischen Frage“ in der Türkei und einer Charakterisierung des Kampfes der kurdischen Bewegung, einschließlich der PKK. Danach wird der Hintergrund des „Friedensprozesses“ erläutert, der sich auf die Treffen bezieht, die 2008–2011 in Oslo begannen und 2013–15 in İmralı gipfelten. Anschließend wird eine kurze Bewertung des Übergangs von Oslo zu İmralı vorgenommen, die aus Sicht des Prozesses einen Rückschritt darstellt. In den nächsten Abschnitten werden die Treffen weiter erörtert, um zu erklären, warum sie nicht zu einer Einigung über eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei geführt

haben. Für das Scheitern der Parteien, eine Einigung zu erzielen, werden fünf mögliche Erklärungen vorgestellt.

Die erste Erklärung bezieht sich auf „Politik“ in der Türkei. Nach dieser Erklärung hat die AKP – und insbesondere Erdoğan, als er die Kontrolle über die Partei übernahm – mit Öcalan und Qandil gesprochen, um ihre Wählerschaft zu erreichen. Das Ziel war nicht, ein Abkommen auszuhandeln, sondern die PKK zu schwächen. Zu diesem Zweck sprachen sie mit der PKK und boten einige kleinere Reformen an, um die kurdischen Wähler:innen zufriedenzustellen, behielten aber die Einstufung der kurdischen Bewegung als terroristische Organisation bei und versuchten so, die türkischen Wähler:innen zu beschwichtigen. Dieser politische Balanceakt führte jedoch nicht zu Wahlerfolgen. Seit den Kommunalwahlen 2009 verlor die AKP unter den Kurd:innen an Stimmen, während die kurdische Parlamentspartei, die Öcalan ideologisch nahesteht und die Unterstützung derselben Anhängerschaft wie die der PKK genießt, stärker wurde. Sie konnte nicht nur ihre Vertretung im Parlament ausbauen und wurde zur drittstärksten Partei, sondern es gelang ihr auch, die türkischen Wähler:innen anzusprechen und eine starke institutionelle Infrastruktur in der Region aufzubauen, indem sie die Wahlkontrolle über die Gemeinden übernahm und eine parallele Struktur der Selbstverwaltung entwickelte, die oft als „demokratische Autonomie“ bezeichnet wird.

Der zweite Grund für das Scheitern der Gespräche ist geopolitischer Natur und hängt mit der sich verändernden Dynamik im Nahen Osten zusammen. In den frühen 2000er Jahren (Akkaya und Jongerden 2012) hatte die PKK begonnen, sich in eine Netzwerk-Bewegung umzuorganisieren, was unter anderem zur Gründung verschiedener Einheiten (Parteien) für jedes Land in der Region führte, in das Kurdistan aufgeteilt war.¹³⁶ Die Par-

¹³⁶ Die Partei für die politische Lösung in Kurdistan (Partiya Çareseriya Demokratîk a Kurdistan, PÇDK) wurde 2002 gegründet und konzentrierte sich auf den Kampf in der Region Kurdistan im Irak, gefolgt von der Partei der

teien dieses Netzwerks, welches sich Union der Gemeinschaften in Kurdistan (Koma Civakên Kurdistan, KCK) nennt, gewannen ebenfalls an Bedeutung. In Syrien wurden die PYD und die mit ihr verbundenen militärischen Einheiten, die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel* und *Jin*, YPG/YPJ), zu Schlüsselakteuren, insbesondere nach ihrer Allianz mit den USA im Krieg gegen den Islamischen Staat, damals bekannt als Islamischer Staat Irak und Syrien (ISIS). Im Irak gewann die PKK an Ansehen, als sie die fliehende Bevölkerung von Şengal schützte, die dem Islamischen Staat ausgeliefert war, nachdem die in der Region regierende Kurdische Demokratische Partei (KDP) ihre Peschmerga abgezogen hatte. Parallel und zeitgleich mit der (Wahl-)Mobilisierung und Institutionalisierung der kurdischen Bewegung in der Türkei nahm der Einfluss der KCK sowohl im Irak als auch in Syrien zu. Die wachsende Stärke der KCK-Bewegung brachte die AKP von Erdoğan und die KDP von Masoud Barzani, die beide auf der Verliererseite standen, in die Umlaufbahn des jeweils anderen, während die Türkei in Syrien begann, dschihadistischen Gruppen die Hand zu reichen. Alle drei – die AKP, die KDP und die Dschihadisten – betrachteten die PKK als Bedrohung.

Der dritte Grund ist ideologischer Natur. Die kurdische Bewegung als Ganzes, einschließlich der PKK, strebte eine Demokratisierung der Türkei an, um eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage zu erreichen. Durch die Förderung einer plu-

Demokratischen Union (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD) im Jahr 2003, die sich auf den Kampf in Syrien konzentrierte, und der Partei des Freien Lebens Kurdistans (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*, PJAK) im Jahr 2004, die auf den Kampf im Iran ausgerichtet war. Bereits 1999 wurde eine Frauenpartei gegründet, die 2004 in Frauenbefreiungspartei Kurdistans (*Partiya Azadiya Jin a Kurdistan*, PAJK) umbenannt wurde. Die PÇDK wurde 2014 aufgelöst und die politische Partei durch eine im Oktober 2014 gegründete gesellschaftliche Organisation, die Bewegung der Freien Gesellschaft Kurdistans (*Tevgerî Azadî Komelgey Kurdistanê*), ersetzt. Siehe: Jongerden, J. und A. H. Akkaya: *People Beyond the State: Kurdish Movements and Self-Determination in the 20th and 21st centuries*, in H. Bozarslan, C. Gunes und V. Yadirg (Hrsg.): *The Cambridge History of the Kurds*, Cambridge 2021.

realistischen Definition von Gesellschaft und Politik wollte die kurdische Seite einen Raum für eine politische Lösung eröffnen. Die AKP hingegen schwankte hin und her zwischen der Charakterisierung der kurdischen Frage als einerseits nicht existent und andererseits als existenzielle Bedrohung und „Terrorismus“, die eine sicherheitspolitische (militärische) Lösung in Form eines „Sieges“ verlangte.

Die vierte Erklärung bezieht sich auf mangelnde Institutionalisierung. Die Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat fanden unter der Autorität von Erdoğan statt. Dabei hat die AKP-Regierung das Parlament an den Rand gedrängt und die Vermittlung und Beobachtung durch Dritte ausgeschaltet, sodass der Prozess von persönlichen Präferenzen auf der Grundlage der Agenda einer Seite abhängig war.

Die fünfte Erklärung bezieht sich auf Instrumentalisierung (Öcalan 2015: 375) und „Mission Creep“. „Insbesondere die zweijährigen staatlich überwachten Treffen zwischen Öcalan und der BDP/HDP in İmralı erbrachten eine Fülle von Informationen, sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene, die für die Vorbereitung und Durchführung von Aufstandsbe-kämpfungsoptionen und die Zerschlagung der Organisation der kurdischen Bewegung nützlich waren, unabhängig von der Frage, ob dies von Beginn der Treffen an beabsichtigt war oder eine vom Staat erkannte und genutzte Gelegenheit.

Das Problem und seine Hintergründe

Die kurdische Frage entstand im Zuge des Übergangs vom Reich zum Nationalstaat, in diesem Fall von der osmanischen Herrschaft zur Bildung von Nationalstaaten auf dem Balkan, in Anatolien und im nördlichen Nahen Osten/Westasien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Kurd:innen in vier dieser neu gegründeten Staaten (Türkei, Iran, Irak und Syrien) aufgeteilt.

Diese Staaten zeichneten sich durch das Bestreben aus, soziokulturelle Unterschiede im Namen der Nation zu unterdrücken, da sie glaubten, ihren Bevölkerungen durch eine Zentralisierung der Verwaltung und durch die Anwendung von Gewalt eine einheitliche kulturelle Identität aufzwingen zu können. In der 1923 gegründeten Türkei musste sich eine Vielzahl von Völkern als eine Bevölkerung definieren, die bestimmte „nationale“ Merkmale aufweist. Um als Staatsbürger zu gelten, musste man sich als Türke qualifizieren (Barkey und Fuller 1998). Bei der Schaffung der modernen Türkei wurden Kurd:innen strukturell als nicht existent definiert und homogen als entartete Türk:innen charakterisiert, die ihre wahre Identität wiederfinden mussten, und als existenzielle Bedrohung für die türkische Nation und ihre singuläre Identität behandelt.

Diese Verleugnung von Identität und Existenz und das Gefühl der existenziellen Bedrohung führten zu dem, was heute in der Türkei als „die kurdische Frage“ (*Kürt sorunu*) bzw. „Frage“ bezeichnet wird. Aus kurdischer Sicht war und ist der Widerstand gegen die Identitätspolitik des türkischen Nationalstaates motiviert durch den Wunsch nach einer eigenen Heimat – einem vereinten Kurdistan – und, insbesondere und in zunehmendem Maße in den letzten zwei Jahrzehnten, nach Öcalans Abkehr vom Nationalstaat (siehe unten), durch eine „Demokratisierung“ oder, besser gesagt, einen Kampf für „das Recht, Rechte zu haben“.

Diese Idee des Rechts auf Rechte lässt sich in zwei Grundprinzipien zusammenfassen. Das erste ist das „Recht, zu einer Art organisierter Gemeinschaft zu gehören“ – ein Gefühl der sozialen Zugehörigkeit. Das zweite ist „das Recht auf Handeln“, wie das Recht, als Bürger:in zu handeln (Arendt 1973: 296–7). Dieser Kampf um das Recht, eine soziale Zugehörigkeit zu beanspruchen und diese durch „staatsbürgerliche Handlungen“ (Isin und Nielsen 2008) aufrechtzuerhalten, ist zum Markenzeichen verschiedener Formen des Widerstands geworden, darun-

ter auch des von der PKK organisierten (Gunes 2012, Jongerden 2019, Jongerden und Akkaya 2021).

Als eine Bewegung, die für das Recht kämpfte, Rechte zu haben, entstand die PKK unter Bedingungen, unter denen es keine erlaubten Wege der echten politischen Meinungsäußerung gab (Bozarslan 2004: 23); ihre Strategie war daher in erster Linie darauf ausgerichtet, politische Räume zu öffnen und die Möglichkeit zu schaffen, politisch zu handeln, unter anderem durch eine politische Verhandlungslösung. Indirekte Kontakte zwischen der PKK und dem türkischen Staat über eine mögliche politische Lösung reichen bis in die frühen 1990er Jahre zurück.

Vermittlungen zwischen der PKK und dem damaligen türkischen Präsidenten führten am 8. März 1993 zur Verkündung eines Waffenstillstands (Çandar 2020). Bei der Verkündung des Waffenstillstands betonte PKK-Vorsitzender Abdullah Öcalan die Notwendigkeit „freien politischen Handelns im Rahmen eines demokratischen Staates“ (Gunter 2011: 94), woran er auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten konsequent festhielt. So bot er 1999 bei einem Prozess vor einem türkischen Gericht zu seiner „Verteidigung“ einen Fahrplan für eine politische Lösung der kurdischen Frage an. Später, bei den Treffen mit HDP-Vermittler:innen, betonte er dasselbe (Öcalan 2011, 2015).

Der Waffenstillstand von 1993 wurde als „historische Chance“ bezeichnet (Gunter 2011), hielt jedoch nicht lange. Es wurden drei Hauptgründe für dieses Scheitern ausgemacht. Erstens interpretierte der türkische Staat den Waffenstillstand der PKK als Zeichen der Schwäche und damit als Gelegenheit, die Bewegung militärisch zu besiegen, und nicht als Chance für eine politische Lösung; die militärische Dominanz wurde einer Verhandlungslösung vorgezogen. Zweitens könnte auch der plötzliche Tod des türkischen Präsidenten Özal, der Kontakten mit der PKK zur Beendigung des gewaltsamen Konflikts offen gegenüberzustehen schien, dazu beigetragen haben, dass diese

Chance vertan wurde.¹³⁷ Drittens führten Provokationen der Armee und die Unnachgiebigkeit von Kommandeuren innerhalb der PKK dazu, dass die PKK im Mai 1993 33 unbewaffnete Soldaten tötete, was den Versuch schließlich beendete (Gunter 2011: 94, Yegen 2011: 74).¹³⁸

Dennoch gab es in den Jahrzehnten nach dem gescheiterten Waffenstillstand regelmäßig Kontakte zwischen der PKK und dem Staat. Diese wurden jedoch geheim gehalten, da man davon ausging, dass keine türkischen Politiker:innen sich auf direkte Verhandlungen einlassen könnten, ohne seine/ihre politische Karriere zu gefährden (Tezcür 2010: 786). Vor diesem Hintergrund war die öffentliche Ankündigung von Recep Tayyip Erdoğan am 28. Dezember 2012, das Treffen mit PKK-Anführer Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı stattfinden würden, von enormer Bedeutung. Erstens bedeutete dies eine implizite Anerkennung der kurdischen Frage als politische Frage (im Gegensatz zu einer Sicherheitsfrage, die eine militärische Lösung erfordert). Zweitens wurde Öcalan – der in den staatlichen und privaten türkischen Medien routinemäßig verunglimpft wurde – als Gesprächspartner anerkannt, um einen Ausweg aus der Gewalt zu finden (Villellas 2013: 21).

137 Dieser Einschätzung von Özals Absichten stand jedoch ein streng geheimer Brief gegenüber, den er an Ministerpräsident Süleyman Demirel schrieb und in dem er eine Lösung für den PKK-Aufstand vorschlug, die i) die Räumung des Landes, um die PKK zu isolieren und zu immobilisieren, und den Bau von Dämmen, um eine Rückkehr der Bevölkerung zu verhindern, beinhaltete, ii) die Sammlung und Bewertung gesellschaftlicher Informationen (die Gewinnung von Erkenntnissen über die Bevölkerung und die PKK) und iii) eine Umstrukturierung der türkischen Streitkräfte, bei der die Armee mobiler und proaktiver werden sollte (um einen Aufstandsbekämpfungskrieg besser führen zu können). Tatsächlich wurden Özals Vorschläge nach seinem Tod aufgegriffen und umgesetzt, was zu einer neuen Kriegsstrategie der türkischen Streitkräfte führte (Jongerden, J.: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: An Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden & Boston 2007).

138 Unnachgiebigkeit der Kommandeure: Sari Baran, Mitbegründer der Splittergruppe PKK-Vijin, stellte sich 1993 in einem Interview gegen die Verhandlungen zwischen der PKK und dem Staat (Interview des Autors, April 1993, Dohuk-Southern Kurdistan).

Die Gespräche und Treffen, die bis 2015 andauerten, wurden und werden allgemein als „Friedensprozess“, „Friedensgespräche“ oder „Friedensverhandlungen“ bezeichnet.¹³⁹ Es ist jedoch wichtig zu bedenken, was hier unter dem Wort „Frieden“ verstanden wird. Wenn man Frieden als ein soziales Projekt betrachtet, das von sozialen Akteuren organisiert wird (Richards 2005), haben mehrere Autor:innen eine Unterscheidung zwischen Frieden als Abwesenheit von Gewalt und Frieden als eine Situation getroffen, in der die Beziehungen zwischen den Menschen durch soziale Gerechtigkeit und Gleichheit gekennzeichnet sind (Aktoprak 2018: 153, Gurses 2018: 116). Frieden als Abwesenheit von Gewalt wird auch als negativer oder schwacher Frieden definiert, während Frieden als Zustand sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit starker oder positiver Frieden ist (Webel und Galtung 2007: 11). Wenn Akteure „Frieden“ im engeren Sinne als Abwesenheit von Gewalt definieren, schließt dies die Möglichkeit aus, Ursachen zu identifizieren, die einem gewaltsamen Konflikt oder Krieg zugrunde liegen (Gurses 2018: 116). Außerdem kann Gewaltlosigkeit auch eine Form der Kriegsführung mit anderen Mitteln sein (Richards 2005). Mit anderen Worten: Waren die Treffen wirklich Teil eines Friedensprozesses oder nur eine geheimdienstlich orientierte Überwachungs- und Aufklärungsmision, die der Staat im Kontext des Krieges durchführte?

Setting und Parteien im „Friedensprozess“

Bei der Erörterung des Prozesses, der zu direkten Kontakten zwischen Vertreter:innen der PKK und dem türkischen Staat führte, ist es schwierig, einen Ausgangspunkt zu bestimmen.

139 Siehe zum Beispiel: Gunter 2013, Villellas 2013, Barkey 2015, Cicek und Coskun 2016, Danforth 2016, Goksel und Mandiraci 2016, Yegen 2016, Ozkahraman 2017, Aktoprak 2018, Dag 2018, Özpek 2018, Toktamis 2018, Gunes 2019, Toktamış 2019, Çandar 2020, Savran 2020.

Verschiedene Autor:innen haben darauf hingewiesen, dass es seit dem Scheitern der ersten Kontakte und des Waffenstillstands im Jahr 1993 Kontakte zwischen den beiden Parteien gab (Kapmaz 2011, Dicle 2017, Çandar 2020). Aber auch die Inhaftierung Öcalans in der Türkei und seine „Zugänglichkeit“ schufen Möglichkeiten für den Staat, und die Kontakte intensivierten sich eindeutig, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Erstens gab es einen impliziten Verhandlungsprozess im Rahmen von Öcalans Rechtsverteidigung. Unterstützt von einer Gruppe von Anwält:innen organisierte Öcalan seine eigene Verteidigung. Seine Verteidigungstexte werden häufig unterteilt in i) die vor türkischen Gerichten eingereichten Texte und ii) die in Europa eingereichten Texte – vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Frankreich, und vor einem Gericht in Athen (in einem Fall, der seine Ausweisung aus Griechenland betraf). In den ersten Texten argumentiert Öcalan, dass die kurdische Frage durch die Demokratisierung der Republik gelöst werden könnte, und er macht Vorschläge zu diesem Zweck (für Rechtsreformen zur Errichtung einer demokratischen Republik). In der zweiten Gruppe von Verteidigungstexten, die dem EGMR in den Jahren 2001 und 2004 vorgelegt wurden, vertieft Öcalan seine Vorstellung von der demokratischen Republik als pluralistischer und multi-kultureller Konföderation. Dies basiert auf einer Ausarbeitung seiner Kritik am Staat, in der er argumentiert, dass die Befreiung nicht durch den Aufbau eines Staates erreicht werden kann, sondern vielmehr durch Selbstorganisation – was wir als Projekt der demokratischen Autonomie bezeichnen können (Akkaya 2016).

Im Rahmen dieser Verteidigung begannen Politiker:innen in der Türkei und auch der türkische Generalstab, auf Öcalans Erklärungen und Vorschläge zur Lösung der kurdischen Frage zu reagieren. Dies ging so weit, dass Öcalans Äußerungen und die türkischen Reaktionen darauf in den ersten Jahren seiner Inhaftierung zu einem wichtigen Thema in den Medien wurden.

Diese erzählerische Dynamik von Äußerungen und Antworten wird als Periode des „impliziten Verhandelns“ bezeichnet (Gunter 2008: 71–78). Parallel dazu begannen mit der Inhaftierung Öcalans 1999 auch explizite, aber nicht öffentliche Verhandlungen. In İmrali wurde Öcalan von Staatsbeamten – soweit wir wissen, meist MIT-Beamte und Angehörige der Streitkräfte – auf die Möglichkeiten eines Friedens angesprochen, der meist als ein Ende des bewaffneten Kampfes der PKK definiert wurde, aber auch, um zu erfahren, was Öcalan und die PKK unter Begriffen wie „kulturelle Rechte“, dem Konzept der „demokratischen Republik“ und dem Einsatz „internationaler Beobachter:innen“ verstanden – oder, allgemeiner, einer politischen Lösung (Kapmaz 2011: 91, 93, 201, Çandar 2020). Wenn von einem „Friedensprozess“ die Rede ist, beziehen sich die meisten Autor:innen auf die expliziten Verhandlungen oder, genauer gesagt, auf die zwei verschiedenen Gesprächsrunden zwischen der PKK und dem Staat. Dabei handelt es sich um die Osloer und die İmrali-Runden bzw. -Treffen, die zusammen den Zeitraum von September 2008 bis März 2015 abdeckten (Özpek 2018, Toktamış 2019, Savran 2020).

Den beiden Runden waren verschiedene Sondierungen vorausgegangen. Im Jahr 2005 soll der norwegische Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik¹⁴⁰ nach Rücksprache mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan die Bereitschaft der PKK zu einem Dialog mit dem türkischen Staat ausgelotet haben (Çandar 2020: 304). Im selben Jahr wurde auf den Fluren des Europäischen Parlaments, wo die Bürgerkommission der Europäischen Union für die Türkei (EUTCC) ihre zweite Konferenz über die Türkei und die Kurd:innen veranstaltete, eine zweite Initiative ins Leben gerufen. Im Auftrag des KNK wurde Adem Uzun von zwei Teilnehmer:innen kon-

¹⁴⁰ Kjell Magne Bondevik war Ministerpräsident und Vorsitzender der Christlichen Volkspartei (KrF). Im Jahr 2006 gründete er das Oslo Center for Peace and Human Rights.

taktiert, die eine Konfliktlösungsorganisation (KRO) vertraten, die zwischen der PKK und der Türkei vermitteln wollte (Dicle 2017). Cengiz Candar zufolge handelte es sich bei dieser um das in Genf ansässige Henry Dunant Center for Humanitarian Dialogue (Çandar 2020: 138, 171).

Nach Beratungen mit der PKK-Führung in Qandil im Januar 2006 reiste Adem Uzun in Begleitung von zwei ehemaligen kurdischen Abgeordneten, die heute im Exil leben und in der kurdischen Bewegung aktiv sind, Zübeyir Aydar und Remzi Kartal, am 5. Februar nach Genf, um mit der KRO weitere Gespräche zu führen.¹⁴¹ Es folgte ein Besuch der KRO in Qandil im April 2006, wo diese mit Führungskräften der PKK zusammentrafen. Später im Jahr, im September 2006, überbrachte Jalal Talabani, der Vorsitzende der (irakisch-kurdischen) Patriotischen Union Kurdistans (PUK), der den Waffenstillstand von 1993 vermittelt hatte, der Partei der Demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP), der Vorgängerin der BDP, die Nachricht, dass der Vorsitzende des MIT, Emre Taner, um ein Treffen gebeten hatte. Ahmet Türk, der Ko-Vorsitzende der DTP, erklärte sich zu einem Treffen mit Taner bereit. Später im selben Monat traf Taner auch mit dem PKK-Mitglied Sabri Ok zusammen, der von Qandil nach Ankara reiste.

Während die KRO aus Genf seine Vermittlungsbemühungen fortsetzte, fand im November 2007 ein weiteres Treffen in Zaventem, Brüssel, statt (Dicle 2017). Dieses Treffen wurde angeblich von den ehemaligen norwegischen Premierministern Thorbjørn Jagland und Kjell Magne Bondevik vermittelt (Çandar 2020: 163), wobei Letzterer nun dem Osloer Zentrum für Frieden und Menschenrechte vorsteht, das er im Jahr zuvor gegründet hatte. Im Crown Plaza Hotel in Zaventem nahmen Sabri Ok, Adem Uzun und Zübeyir Aydar von der kurdischen Seite teil, während

141 Aydar und Kartal waren nach Europa geflohen, um einer strafrechtlichen Verfolgung wegen ihrer parlamentarischen Arbeit zu entgehen; Aydar war ein führendes Mitglied von KONGRA-GEL, dem legislativen Organ des KNK.

die türkische Seite durch Emre Taner, Afet Güneş (vom MIT) und eine nicht identifizierte Person namens „Yilmaz“ vertreten war. Ein Jahr später, am 3. Juli 2008, fand erneut ein Treffen in Genf statt, das von der dortigen KRO vermittelt wurde. Bei diesem Treffen trafen Remzi Kartal und Zübeyir Aydar mit Emre Taner und Afet Güneş zusammen (Dicle 2017). Kurzum, den Gesprächsrunden zwischen der PKK und dem Staat in Oslo gingen eine Reihe von Treffen in Brüssel, Genf, Ankara und Qandil voraus, die von mindestens zwei verschiedenen KRO mit Büros in Genf und Oslo vermittelt wurden. Während die KRO aus Genf weiterhin als Gesprächspartner fungierte, vermittelte die KRO aus Norwegen die Treffen.

Bei der Osloer Runde handelte es sich um eine Serie von elf Treffen in der norwegischen Hauptstadt zwischen dem 2. September 2008 und dem 7. Juli 2011. Die Zusammensetzung der Delegationen änderte sich. Vonseiten der PKK nahmen die KCK-Exekutivratsmitglieder Mustafa Karasu, Sabri Ok und Sozdar Avesta von „Qandil“ aus an den Treffen teil, während Zübeyir Aydar, Adem Uzun und Remzi Kartal von ihrem Büro in Brüssel aus an (einigen) Treffen teilnahmen. Von türkischer Seite nahmen an (einigen der) Treffen Hakan Fidan (damals stellvertretender Staatssekretär von Premierminister Erdoğan, später Leiter des MIT), Afet Güneş und Muhammet Dervişoğlu (stellvertretende Staatssekretäre des MIT) sowie „Salih“, „Ozan“ und „Serkan“ teil, die auch als MIT-Mitglieder bekannt sind (Dicle 2017). Bei den ersten Treffen wurde die PKK-Delegation von Mustafa Karasu geleitet, während Afet Güneş die Delegation des Staates leitete (Dicle 2017).

Es ist nicht klar, wann die İmrali-Runde der Treffen begann. Das erste Treffen zwischen Öcalan und einer Delegation der BDP (später HDP) fand jedoch am 3. Januar 2013 statt. Das letzte Treffen zwischen Öcalan und türkischen Staatsvertretern fand am 14. März 2015 statt. Insgesamt gab es 25 Treffen in einem Zeitraum von 26 Monaten. Die kurdische Parlaments-

partei (BDP/HDP) war zwar selbst Akteur, fungierte aber auch als Botin und Vermittlerin im Auftrag der AKP. Sie überbrachte Briefe und Botschaften von İmrali (Öcalan) an Ankara (die AKP-Regierung) und Qandil (die PKK-Führung) und nahm schriftliche Botschaften aus Qandil entgegen, die Öcalan über den Staat übergeben wurden. Die kurdischen Abgeordneten, die an den meisten dieser Treffen teilnahmen, waren Sırrı Süreyya Önder, der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş, Pervin Buldan und İdris Baluken, während Ceylan Bağrıyanık und Altan Tan nur an einigen wenigen Treffen teilnahmen. Es ist nicht klar, mit welchen Vertreter:innen des Staates Öcalan sich getroffen hat und wann genau, aber aus den Protokollen geht hervor, dass er sich 2014 mehrmals mit Hakan Fidan getroffen hat.

Der Rahmen der Osloer und der İmrali-Runde war sehr unterschiedlich.

Erstens fanden die Treffen in Oslo auf neutralem Boden statt, während die Treffen in İmrali in dem Gefängnis stattfanden, in dem Öcalan gefangen gehalten wurde. Was den Ablauf betrifft, so wurden die Treffen in Oslo von einer dritten Partei beaufsichtigt. Die Interaktionen in İmrali wurden von einem Gefängnisbeamten überwacht und fanden somit unter der Kontrolle des Staates statt, der selbst eine Konfliktpartei ist.

Zweitens war der zeitliche Abstand zwischen den Treffen in Oslo länger als in İmrali – in Oslo gab es in der Regel mehrere Monate, in İmrali dagegen nur Wochen.¹⁴² Allerdings erstreckten sich die Treffen in Oslo über zwei bis vier Tage, während die Treffen in İmrali an einem einzigen Tag und den Berichten zufolge immer unter großem Zeitdruck stattfanden. Themen, die auf der Tagesordnung von Öcalan und der kurdischen Delegation standen, wurden übersprungen oder nur kurz gestreift;

142 Bemerkenswerte Ausnahmen waren die kurze Zeitspanne zwischen den Treffen Oslo 4 (1.–3. September 2009) und Oslo 5 (13.–14. September 2009) und die fast fünf Monate zwischen den Treffen 21 (15. August 2014) und 22 (9. Januar 2015) in İmrali.

Gespräche zwischen Öcalan und der Delegation verliefen oft im Eiltempo, zumal die Fähre, die die Delegation zum Treffen auf die Gefängnisinsel brachte, nicht selten einen „Defekt“ hatte und verspätet abfuhr.

Drittens gab es in Oslo einen direkten Kontakt zwischen der PKK und dem Staat, während bei den Gesprächen in İmralli die BDP/HDP, ein am Konflikt beteiligter Akteur, die Rolle des Vermittlers übernahm und die Kommunikation zwischen Öcalan, Qandil und AKP-Vertreter:innen erleichterte. Gelegentlich eröffneten staatliche Vertreter:innen jedoch einen zweiten, direkten Kanal zu Öcalan für unmittelbare Verhandlungen in kritischen Momenten, wie etwa bei der Beendigung des Hungerstreiks von Tausenden von Gefangenen im November 2012.

Viertens: Was den Informationsfluss betrifft, so tauschten die Parteien in Oslo ihre Ansichten direkt aus, während im İmralli-Prozess der Informationsfluss und der Austausch von Standpunkten über mehrere Grenzübergänge erfolgen musste, wobei die BDP/HDP als erste Botin fungierte. Bei mehreren Gelegenheiten wurden schriftliche Botschaften von Qandil nicht an Öcalan weitergegeben, was die Kommunikation zwischen den beiden behinderte.

Von der Roadmap zur (Nicht-)Einigung

Im August 2009, wenige Wochen vor dem ersten Treffen in Oslo, stellte Öcalan einen umfassenden Friedensentwurf fertig, den er „Roadmap“ (*Yol Haritası*) nannte. Darin schlug er eine Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage vor (Öcalan 2011). Obwohl die Behörden das Dokument beschlagnahmten, wurde sein allgemeiner Inhalt in angemessener Ausführlichkeit veröffentlicht. Die Roadmap wurde schließlich im Jahr 2011 veröffentlicht (Öcalan 2011). Diese Roadmap folgte auf die gerichtlichen „Verteidigungen“, in denen

Öcalan für eine Reform des türkischen Staates plädiert hatte, die die Demokratie vom Staat und vom Ethno-Nationalismus entkoppeln sollte (Casieret al. 2009). Dies bezeichnete Öcalan als „demokratische Republik“. Im Gegensatz zur nationalstaatlichen Form der Republik basiert diese nicht auf der Homogenisierung der Menschen zu einer einzigen kulturellen Identität, sondern auf pluralen und offenen kulturellen Identitäten, die gemeinsames Heimatland teilen. Die demokratische Republik wurde als eine Konföderation von Regionen konzipiert, mit einer starken Zivilgesellschaft und Formen der Selbstorganisation der Bürger:innen.

Vor dem Hintergrund seines Vorschlags, die Republik Türkei wieder als demokratische Republik zu etablieren, formulierte Öcalan einen Aktionsplan. In der ersten Phase dieses Aktionsplans würde die PKK eine dauerhafte Periode der „Inaktivität“ oder „Waffenruhe“ erklären. In der zweiten Phase sollte auf Initiative der Regierung und mit Zustimmung des Parlaments eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ eingerichtet werden. In dieser Phase würde sich die PKK unter Aufsicht eines internationalen Überwachungsausschusses aus der Türkei zurückziehen, während die Regierung die wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der PKK inhaftierten und verurteilten Personen freilassen würde. In der dritten Phase sollten Verfassungs- und Rechtsreformen die Grundlage für eine Demokratisierung der Türkei und die politische Integration der PKK bilden, während die PKK endgültig und dauerhaft ihre Waffen niederlegen sollte. Dies blieb der von der kurdischen Seite vorgeschlagene Rahmen während der Gesprächsrunden von Oslo und İmralı. Im Laufe der fast siebenjährigen Gespräche gab es keine Informationen über einen Vorschlag der AKP, der über die Entwaffnung der PKK hinausging.

Die Erwartungen auf kurdischer Seite schwankten zwischen Hoffnung und Misstrauen hin und her. Zeitweise dachten die kurdischen Delegationen, die Türkei spiele auf Zeit und habe

keine ernsthaften Absichten, doch das zehnte Treffen (12./13. Mai 2011) endete mit der Vorstellung, dass eine Einigung über die Aufnahme formeller Verhandlungen erzielt worden sei (Dicle 2017). Diese Überzeugung wurde scharf zurückgewiesen, als Erdoğan in einem Live-Interview am 9. Juni 2011 sagte, dass er, wenn er an der Macht gewesen wäre, als Öcalan 1999 in die Türkei gebracht wurde, die vom Gericht verhängte Todesstrafe hätte vollstrecken lassen.¹⁴³ Einen Monat später, am 14. Juli 2011, wurden 13 türkische Soldaten bei einer Konfrontation der türkischen Armee mit der PKK getötet. Beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig, die Konfrontation provoziert zu haben, und die Gewalt eskalierte. Nach einem Jahr intensiver Kämpfe, die auf beiden Seiten eine hohe Zahl von Todesopfern forderten, wurden die Gespräche in İmralı wieder aufgenommen.

Während der Osloer Gespräche gab es keine staatliche Reaktion auf die Vorschläge der kurdischen Seite. Dieses Schweigen kennzeichnete auch die İmralı-Verhandlungen. Im Frühjahr 2013 kündigte die PKK den Rückzug ihrer Kämpfer:innen aus der Türkei an, in der Erwartung, dass die AKP strukturelle Reformen ankündigen würde. Als die PKK begann, kleine Gruppen von Kämpfer:innen abzuziehen, beobachtete die türkische Armee dies.¹⁴⁴ Die PKK und Qandil sowie die Vermittler:innen der HDP gingen davon aus, dass auf den Rückzug die Freilassung von Gefangenen folgen würde, da dies die ersten Schritte der Roadmap waren. Die Erwartungen wurden jedoch nicht erfüllt, sodass die PKK einen Rückzugsstopp ankündigte, bis der Staat seinen Teil der „Vereinbarung“ umsetzt. Das in den Prozess gesetzte Vertrauen war verloren, und Ministerpräsident Erdoğan

143 www.aljazeera.com/news/2011/6/10/erdogan-kurdish-leader-should-have-hung

144 Erdoğan behauptete, der Rückzug sei nicht ernsthaft, aber die Militärs und Geheimdienste, die den Rückzug überwachten, stellten fest, dass zwischen Mai und August 65 Gruppen oder Einheiten von 14 bis 16 Mann – also insgesamt etwa 1 000 Kämpfer:innen – die Grenze aus der Türkei in den Irak überquert hatten; sie kamen zu dem Schluss, dass der Rückzug unvollständig, aber ernsthaft war.

und die AKP-Regierung unternahmen keine Anstrengungen, es wiederherzustellen; im Gegenteil, Erdoğan betonte, dass er die PKK für eine Lösung der kurdischen Frage nicht brauche.

Erdoğan's AKP war bereits dafür bekannt, dass sie die Demokratie transaktional einsetzte – sie nutzte Wahlen, um ihre Macht zu sichern, ohne die Demokratie als Selbstzweck zu betrachten –, und war aus einer nationalistischen Form des islamischen Konservatismus, der *Millî Görüş*-Bewegung, hervorgegangen. Dennoch war es ihr auch gelungen, die Unterstützung von Kurd:innen und Liberalen zu gewinnen, da sie eine Alternative zum alten kemalistischen Etatismus bot, der auf der autoritären Macht der Armee beruhte. Im Vertrauen auf einen Wahlerfolg bei den kurdischen Wähler:innen rechnete Erdoğan nun damit, dass er die PKK ins Abseits drängen könnte, was der türkischen Rechten und dem Kern der AKP zugutekäme. Mit Blick auf die PKK erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Ali Şahin: „Wir haben in der Vergangenheit nicht mit ihnen verhandelt, verhandeln heute nicht mit ihnen und werden auch in Zukunft nicht mit ihnen verhandeln.“

Die AKP nahm zu einem Zeitpunkt eine konfrontative Haltung ein, als die PKK ernsthaft einen Friedensprozess anstrebte. AKP-Sprecher Hüseyin Çelik forderte die PKK geradezu auf, zum bewaffneten Kampf zurückzukehren. „Wenn die PKK will, soll sie zu den Waffen greifen, wenn sie will, soll sie wieder Menschen töten, wenn sie will, soll sie massakrieren“, erklärte er und fügte hinzu, dass die AKP „die PKK nie als Vertreterin des Volkes gesehen“ habe (Jongerden 2014). Während die PKK damit begonnen hatte, ihre Kämpfer:innen aus der Türkei in Stützpunkte im Nordirak abzuziehen, setzte die AKP den Bau neuer Polizeistationen und Sicherheitsdämme fort und stellte neue Paramilitärs in der Region ein. Auch die Intensität der Militäroperationen sowohl der PKK als auch der türkischen Streitkräfte hatte während des Zeitraums der Gespräche generell abgenommen; in der Zeit zwischen dem Ende der Oslo-Runde

und dem Beginn der İmrali-Runde hatten die türkischen Militäritäten jedoch ihren Höhepunkt erreicht, und während der Oslo- und der İmrali-Runde wurden zwei Mordanschläge auf führende PKK-Anführer verübt.¹⁴⁵

Die Gespräche fielen auch mit massiven Verhaftungen zusammen. Unter dem Deckmantel der Operationen gegen die KCK begann die erste Verhaftungswelle im April 2009, einen Monat nach dem großen Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen, als sich die kurdische Wählerschaft von der Unterstützung der AKP abwandte, nachdem die Regierung im Jahr zuvor militärische Angriffe auf PKK-Ziele unterstützt hatte (Casier et al. 2013).¹⁴⁶ Im Dezember 2009 wurde die prokurdische DTP vom Verfassungsgericht aufgelöst. Bis Ende 2012 wurden rund 8 000 BDP-Mitglieder, Funktionäre und gewählte Vertreter:innen verhaftet, darunter Ko-Vorsitzende, Abgeordnete, Provinzräte und Bürgermeister:innen (Ercan 2013). Diese KCK-Operationen wurden auch in den folgenden Jahren fortgesetzt.

Obwohl gezielte und versuchte Tötungen von Mitgliedern der PKK-Führung und ein massives Vorgehen gegen die kurdische Parlaments (und Kommunal-)Partei die Begleiterschei-

145 Nach dem ersten Treffen in Oslo (am 3.–4. September 2008) hielt die KRP ein Treffen in Qandil (am 5. Dezember) mit den hochrangigen PKK-Vertreter:innen Murat Karayılan, Mustafa Karasu, Sozdar Avesta und Bozan Tekin ab; Minuten nach dem Ende dieses Treffens und der Abreise der KRO-Mitglieder wurde der Ort in einem Präzisionsangriff von türkischen F16 bombardiert; die PKK-Anführer hatten den Ort ebenfalls bereits verlassen, aber mehrere Guerilleros waren noch vor Ort und wurden getötet (Dicle 2017). Am 9. Januar 2013, kurz nach Beginn der Treffen in İmrali, wurden in Paris drei PKK-Mitglieder durch eine Hinrichtung getötet, darunter Sakine Cansız, ein Gründungsmitglied der PKK.

146 Bei den nationalen Wahlen 2007 gewann die DTP 21 Sitze im Parlament; 2009 konnte sie im Vergleich zu den vorangegangenen Kommunalwahlen im Jahr 2004 einen relativen Zuwachs von über 60 Prozent bei den Bürgermeisterämtern (in Städten und Bezirken) verzeichnen und ihre Stimmzahl in mehreren Provinzen fast verdoppeln; die Großstadt Diyarbakır, die von Erdoğan öffentlich ins Visier genommen wurde, blieb eindeutig bei der DTP. Siehe Casier, M., J. Jongerden und N. Walker: „Fruitless Attempts? The Kurdish Initiative and Containment of the Kurdish Movement in Turkey“, in: *New Perspectives on Turkey*, 44, 2011.

nungen des „Friedensprozesses“ waren, blieben Öcalan und die HDP-Delegation Anfang 2015 optimistisch. Neben anderen mildernden Erwägungen mussten die Absichten der AKP von den Interventionen der Armee- und Polizeikräfte unterschieden werden, die jegliche Friedensbemühungen nicht unterstützten und durchaus gewillt waren, den Erfolg der Regierung zu sabotieren, so die Argumentation, wobei Äußerungen von AKP-Vertretern als politisch motiviert und nicht unbedingt als Absichtserklärungen eingestuft wurden (siehe unten). Es wurden Vorbereitungen für weitere Verhandlungen getroffen, und der Untersekretär für öffentliche Ordnung (Kamu Düzeni), eine dem Innenministerium unterstellte lokale Geheimdienstorganisation, nahm nun ebenfalls an den Treffen teil. Am 28. Februar gaben der stellvertretende Ministerpräsident Yalcın Akdoğan, Innenminister Efkan Ala und die HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder, Idris Baluken und Pervin Buldan bekannt, dass sie sich auf einen Fahrplan für den Frieden geeinigt hätten.

Das Dolmabahçe-Abkommen sollte aus zehn Punkten bestehen, die sich hauptsächlich um die Idee einer demokratischen Republik und eines gemeinsamen Heimatlandes für eine plurale Bürgerschaft drehten – und damit weitgehend Öcalans ursprünglichem Fahrplan (2008) folgten. Auf die Bekanntgabe des Durchbruchs folgten ermutigende Erklärungen – unter anderem von Ahmet Davutoğlu, dem damaligen Ministerpräsidenten, der erklärte, die Verhandlungen seien in eine neue Phase eingetreten, und von Öcalan in seiner Newroz-Erklärung, in der er die PKK aufforderte, die Waffen niederzulegen. Am Tag nach Newroz erklärte Erdoğan jedoch, dass er das Treffen in Dolmabahçe nicht gutheiße (Cicek und Coskun 2016). Vier Monate später, im Juli 2015, lehnte Erdoğan das Abkommen kategorisch ab: „Ich erkenne die Formulierung ‚Dolmabahçe-Abkommen‘ nicht an. (...) Es kann kein Abkommen mit einer politischen Partei geben, die von einer terroristischen Organisation unterstützt wird“ (Kose 2017: 156).

Gründe für das (Nicht-)Abkommen

Die wichtigsten Faktoren, die erklären, warum der vermeintliche Friedensprozess keinen Frieden gebracht hat, lassen sich wie folgt aufzählen: i) die politischen Entwicklungen in der Türkei, insbesondere der Wahlerfolg der HDP und der Rückgang der kurdischen Wählerunterstützung für die AKP, was die AKP dazu veranlasste, ihre Bündnisse mit Verhandlungsgegnern zu stärken; ii) die veränderte geopolitische Lage in Syrien und im Irak, wo der Einfluss der PKK zugenommen hatte, was aber auch die Möglichkeit eröffnete, dass die Türkei unter der AKP mit Stellvertreterkräften im Krieg gegen die PKK zusammenarbeitete; iii) die instrumentell-ideologische Herangehensweise der AKP an den „Friedensprozess“ als Mittel zu ihrer eigenen Macht, in Kombination mit ihrer mangelnden Bereitschaft oder Unfähigkeit, eine politische Lösung mit anderen Begriffen als der freiwilligen Entwaffnung der PKK oder ihrer militärischen Niederlage zu definieren; iv) das Fehlen jeglicher formeller Umrahmung und Institutionalisierung des Prozesses, einschließlich des Verzichts auf die Vermittlung durch Dritte; und v) Mission Creep und die Möglichkeit, geheimdienstliche Informationen über die kurdische Bewegung zu sammeln. Diese Punkte werden in den folgenden Abschnitten kurz erläutert.

Opportunismus und Widerstand

Liest man die Protokolle der Treffen zwischen Abdullah Öcalan und der BDP/HDP-Delegation, so strahlt die Atmosphäre ein Selbstvertrauen in ihre Fähigkeit aus, den Raum zu schaffen, der für die Aushandlung einer politischen Lösung der kurdischen Frage notwendig war. Sie glaubten an ihre eigene Stärke und daran, dass die AKP gar nicht anders konnte, als eine politische Lösung auszuhandeln, da sie keine Alternative hatte. Gleichzeitig

wurde aber auch ein Misstrauen gegenüber ihrem Gegenüber, der AKP, geäußert. Öcalan warnte zwar vor naivem Optimismus und war sich bewusst, dass die AKP die Verhandlungen nutzen könnte, um bei den kurdischen Wähler:innen stärker Fuß zu fassen. Er war sich auch darüber im Klaren, dass der gesamte Prozess ein Täuschungsmanöver sein könnte und dass die kurdische Seite mit dem Ziel der Vernichtung der Bewegung im weiteren Sinne getäuscht werden könnte.

Abgesehen von diesem Verdacht hinsichtlich der Motivation der AKP verwies Öcalan auf den Widerstand gegen eine politische Verhandlungslösung innerhalb des Staates. Aus den Sitzungsprotokollen geht hervor, dass Öcalan bewusst und ständig zwischen der AKP und dem Staat unterschied (Öcalan 2015, Toktamış 2019: 292). Den Widerstand gegen die Gespräche führte er sowohl auf kemalistische Nationalisten als auch auf die Gülen-Bewegung¹⁴⁷ zurück (Öcalan 2015). Bereits 2010 bezeichnete Öcalan die Gülen-Bewegung als eine bedeutende politische Kraft und einen „Parallelstaat“. Er war davon überzeugt, dass sie versuchte, den Friedensprozess zu sabotieren, um die PKK gewaltsam zu beseitigen (Toktamış 2019: 293–294). Bei einem der Treffen in İmralı (14. Oktober 2013) unterschied Öcalan in ähnlicher Weise zwischen drei verschiedenen Machtblöcken und Motivationen, nämlich der AKP-Regierung und ihrem opportunistischen Ansatz, der KCK mit ihrem demokratischen Ansatz (die beide für eine friedliche Lösung offen waren) und dem Parallelstaat, bestehend aus der Gülen-Bewegung und kemalistischen Nationalisten (die gegen die Verhandlungen wa-

147 Die Gülen-Bewegung, angeführt vom selbst ernannten Geistlichen Fethullah Gülen, hatte die gebildeten Kader geliefert, die an Machtpositionen innerhalb des Staates – vor allem bei der Polizei und in der Justiz – gelangten und es der AKP ermöglichten, ihre Macht in der Regierung gegen die Säkularisten auszubauen. Die Bewegung lehnte jedoch die Möglichkeit von Friedensgesprächen strikt ab, und die ehemaligen Partner wurden zu Feinden des jeweils anderen. Die Gülen-Bewegung versuchte angeblich, Erdoğan von der Macht zu verdrängen, einmal im Jahr 2013 mit einer Korruptionsuntersuchung und im Jahr 2016 mit einem gescheiterten Putschversuch.

ren) (Öcalan 2015: 157). Öcalan räumte der AKP den Vorteil des Zweifels ein, war aber überzeugt, dass der Parallelstaat „neutralisiert“ werden müsse, damit der „Lösungsprozess“ erfolgreich ist (Toktamış 2018: 711).

Das erste öffentliche Auftreten dieses Widerstands aus dem Inneren des Staates erfolgte im Juni 2011, als Tonaufnahmen der Osloer Treffen an die Medien gelangten (Toktamış 2019: 289). Es handelte sich um Aufnahmen eines Treffens zwischen Hakan Fidan und Afet Güneş von türkischer Seite sowie Mustafa Karasu, Sabri Ok und Zübeyir Aydar von kurdischer Seite. Der Leak wurde der Gülen-Bewegung zugeschrieben. Öcalan war überzeugt, dass die Gülen-Bewegung und die kemalistischen Nationalisten die PKK gewaltsam beseitigen wollten und damit die Verhandlungen zum Scheitern brachten (Toktamış 2019: 294). Diese Vorstellung wurde von Hakan Fidan genährt, der dem Parallelstaat ein Massaker an kurdischen Zivilist:innen im Jahr 2011 (zur Zeit der Osloer Runden) und die Ermordung der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız in Paris (zur Zeit der İmrali-Treffen) zuschrieb. Öcalan und Qandil waren davon nicht überzeugt und blieben misstrauisch über die Rolle der AKP bei diesen Ereignissen. Wie Öcalan bei einem Treffen mit der HDP-Delegation am 8. Februar 2014 bemerkte, war die kurdische Bewegung jedoch nicht in der Lage, innerhalb des MIT eine Untersuchung einzuleiten, um herauszufinden, wer für was verantwortlich war. Stattdessen musste sich der PKK-Vorsitzende damit begnügen, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass die AKP ein doppeltes Spiel treibt, und alle zur Vorsicht mahnen (Öcalan 2015: 157: 231, Toktamış 2019: 295–6).

Ein Naher Osten im Wandel

Der Nahe Osten sah zu Beginn der Oslo-Runde ganz anders aus als am Ende des İmrali-Prozesses. Einige nennen dies sogar als

Hauptgrund für das Scheitern: „Der Friedensprozess scheiterte an den kontextuellen und strukturellen Veränderungen nach dem Krieg in Syrien und im Irak, die der kurdischen PKK-Bewegung plötzlich, schnell und in großem Umfang Auftrieb gaben“ (Savran 2020).

In der Region Kurdistan im Irak sah sich Barzani mit zunehmenden Herausforderungen für seine politische Legitimität konfrontiert. In den 2010er Jahren kam es in der Region Kurdistan im Irak immer wieder zu Protesten gegen Arbeitslosigkeit und Korruption. Der Rückzug der KDP aus Sinjar im Jahr 2014 ließ die Region und ihre Bevölkerung schutzlos gegen ISIS zurück, was zu einem Völkermord an der êzîdischen Bevölkerung führte, der heute als solcher anerkannt ist. Es war jedoch die PKK, die einschritt, um diejenigen zu retten, die versuchten, der genozidalen Gewalt des IS zu entkommen (Barkey 2015: 6). Barzanis verfassungswidrige Verlängerung seiner Präsidentschaft und die Suspendierung des Parlaments im Jahr 2015 hatten seinen Ruf weiter beschädigt, während das 2017 einberufene Unabhängigkeitsreferendum, ein kühner Versuch, Bagdad unter Druck zu setzen und die Kontrolle über die Region Kurdistan zu stärken, mit politischer Isolation, Gebietsverlusten und einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon schlimmen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Region nach hinten losging (Barkey 2015: 6, Park et al. 2017).

Barzani sah seine Position untergraben, und aus den Protokollen der Treffen in İmralı geht hervor, dass die KDP besorgt war, dass die PKK an Boden gewinnen und Qandil zu einem politischen Zentrum werden könnte (Öcalan 2015: 179, 196). In Syrien, Rojava, führte die zur KCK gehörende YPG/PYD einen erbitterten Kampf gegen den IS. Dies verschaffte der YPG/PYD internationale Legitimität und führte zur Entstehung und Vertiefung eines taktischen Bündnisses mit den USA. Die AKP war nicht bereit, eine weitere kurdische Einheit an ihrer Grenze zu akzeptieren, schon gar nicht eine mit Verbindungen zur PKK.

Ein erfolgreicher Friedensprozess in der Türkei, der die PKK einschließt, würde die „Öcalan-Linie“ in der Region weiter stärken, was sowohl die AKP als auch die KDP fürchteten. Die AKP und die KDP fanden ineinander einen kritischen Akteur gegen die PKK (Barkey 2015: 5–6, Ozkahraman 2017). Gleichzeitig entstanden als Folge des Krieges neue Milizen in Syrien, die sich derselben Ideologie der Muslimbruderschaft verschrieben hatten wie die AKP. Diese Milizen betrachteten die säkulare und feministische kurdische Bewegung in Syrien als einen Hauptfeind. In der Türkei fanden sie einen großzügigen Gönner, für den sie bereit waren, gegen die Kurd:innen zu kämpfen. Während also Barzani Fehde mit der Zentralregierung in Bagdad und seine Feindseligkeit gegenüber der PKK ihn näher an die Türkei heranführte, wurden die dschihadistischen Gruppen in Syrien zu einem neuen Partner und Stellvertreter der AKP. Damit wurde eine militärische Alternative für politische Verhandlungen mit der PKK geschaffen.

Eine Türkei im Wandel

Während die BDP/HDP während des İmrali-Prozesses eine vermittelnde Rolle gespielt und sich mit der PKK in Qandil getroffen hatte, stellte Erdoğan die Partei nun als verlängerten Arm einer terroristischen Organisation in der politischen Landschaft der Türkei dar. Nachdem die AKP bei den Wahlen 2009 im kurdischen Südosten an Boden verloren hatte, versuchte Erdoğan anschließend, dort Wählerstimmen zu gewinnen, zunächst durch eine „kurdische Öffnung“ (*Kurt Açılımı*), die jedoch scheiterte.¹⁴⁸ Dann versuchte er, seine Partei als die Partei des Dienstes und des Friedens darzustellen, während er die

148 Die kurdische Öffnung der AKP wurde 2009 nach dem Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen angekündigt und schien ein Ad-hoc-Prozess der Politikgestaltung zu sein, wurde aber schnell zu einem Projekt der nationalen Einheit verwässert, als die AKP zur alten Rhetorik zurückkehrte (Casier et al. 2011).

kurdische Parlamentspartei als Partei der Identitätspolitik und die PKK als Partei der Gewalt gleichsetzte (Gunter 2013, Co-rut 2015). Letztendlich verbündete sich Erdoğan mit Barzani, der im November 2013 zu einer politischen Kundgebung in Diyarbakir kam. Auf der Kundgebung stellte Barzani Erdoğan als Friedensstifter dar und rief die Kurd:innen auf, ihn zu unterstützen. Erdoğan mag gedacht haben, dass der für einen Verhandlungsfrieden mit der PKK notwendige Strukturwandel vermieden und seine Machtbasis durch einen Wahlerfolg gestärkt werden könnte (Savran 2020: 785).

In den Monaten vor den Wahlen im Juni 2015 hatte Erdoğan an die Wähler:innen appelliert, ihm 400 Abgeordnete „als Bedingung für die Fortsetzung des ‚Friedensprozesses‘“ zu geben (Özpek 2018: 53). Der einzige Weg zum Frieden sei eine starke AKP mit einem starken Führer, der in der Lage sei, weitreichende Staatsgewalt auszuüben – mit anderen Worten: durch das von ihm angestrebte Präsidialsystem. Die HDP errang jedoch einen historischen Erfolg, indem sie die 10-Prozent-Hürde der landesweiten Stimmen überschritt und als dritte Partei ins Parlament einzog und damit die eigentliche Siegerin der Wahlen vom Juni 2015 wurde. Infolge des HDP-Erfolgs verlor die AKP zum ersten Mal seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2002 ihre Mehrheit im Parlament (Goksel und Mandiraci 2016: 63, Can 2021: 4). Angesichts von Barzanis bedingungsloser Unterstützung für Erdoğan ist anzumerken, dass die Wahlen im Juni 2015 auch „einen verminderten Einfluss der KRG auf die Kurd:innen in der Türkei demonstrierten“ (Barkey 2015: 6).

Da die HDP nun eine Schlüsselposition im Parlament innehatte, war sie zu einem Hindernis für Erdoğan's Bestrebungen geworden und ein härterer Kampf gegen sie könnte seine Siegchancen erhöhen (Can 2021: 2). Da die AKP nach den Wahlen im Juni 2015 nicht mehr in der Lage war, eine Ein-Parteien-Regierung zu bilden und ihre Dominanz weiter auszubauen, und sich weigerte, eine Oppositionskoalition zuzulassen, formulierte

sie eine taktische und eine strategische Antwort. Die taktische Antwort war die Organisation von vorgezogenen Neuwahlen in einer Atmosphäre der Angst – ein Wahlputsch – um die HDP politisch zu neutralisieren und ihre Mehrheit wiederzuerlangen. Obwohl die HDP bei den Wahlen im November erneut die Hürde überschritt, konnte die AKP eine Mehrheit erzwingen und die Regierung wieder übernehmen. Strategisch gesehen hat die AKP als direkte Reaktion auf den politischen Erfolg der kurdischen Bewegung die kurdische Frage wieder zu einer Sicherheitsfrage gemacht und ist gleichzeitig ein Bündnis mit den Ultranationalisten der Partei der Nationalen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und dem kemalistischen Militär eingegangen, von dem Erdoğan zunehmend abhängig werden würde. So führten „divergierende Interessen nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 zum Zusammenbruch des Prozesses“ (Özpek 2018: 33), und – ganz entscheidend – die HDP-Politiker:innen wurden „zu Terroristen erklärt“ (Can 2021: 4).

Es folgte eine weitere Runde von Massenverhaftungen. Seit 2015 wurden mehr als 10 000 HDP-Mitglieder verhaftet, um die Demokratie zu beseitigen und die lokal gewählte Regierung abzusetzen. HDP-Bürgermeister:innen wurden ihres Amtes enthoben und durch Treuhänder ersetzt, und beim Verfassungsgericht wurde ein Antrag auf Auflösung der HDP gestellt, wodurch eine weitere Generation von Politiker:innen mit einem weiteren Verbot belegt wurde (Jongerden 2019, Christofis 2020, Can 2021).

Fehlende Institutionalisierung und politische Reformen

Das schnelle Scheitern des Prozesses wurde durch das Fehlen einer Institutionalisierung begünstigt. Dies ist ein wiederkehrendes Thema bei den Treffen der HDP-Delegation mit Öcalan. Bei

dem Treffen am 18. März 2013 besteht Öcalan auf der Bedeutung einer Rechtsgrundlage für die getroffenen Vereinbarungen, darunter auch die Vereinbarungen über den Rückzug der Guerilla aus der Türkei. Öcalan verweist auf das, was er als Rechtsvakuum (kanuni boşluk) bezeichnet, und auf die Gefahr, dass es sowohl Möglichkeiten für diejenigen schafft, die sich einer politischen Lösung widersetzen, als auch das Risiko birgt, dass die HDP-Boten und Vermittler:innen des „Verrats“ angeklagt werden – im Nachhinein eine Voraussicht (Öcalan 2015: 34). Die fehlende Institutionalisierung kam auch in einer Erklärung des (damaligen) Regierungssprechers Bülent Arınç am 2. April 2013 deutlich zum Ausdruck, in der er lapidar erklärte, die Gespräche mit der PKK würden unter der Autorität der Regierung, ergo Erdogans, geführt und das Parlament habe keine Rolle zu spielen. Der Prozess der Interaktion mit Öcalan und der PKK und die Instrumentalisierung der HDP als Bote fanden nach dem Willen der Exekutive des Staates statt, ohne irgendeine Form der institutionellen Formalisierung. Ob der Prozess fortgesetzt wurde oder nicht, hing allein von der Agenda des zunehmend autoritären AKP-Chefs Erdoğan ab.

Das abrupte Ende kam nach Jahren halbherziger Reformen – Augenwischerei statt echter Demokratisierung. Die Reformpakete der AKP, wie das lang erwartete „Demokratisierungspaket“ von 2013, gingen nicht auf kurdische Belange ein. Abgesehen von der Aufhebung des Kopftuchverbots in öffentlichen Einrichtungen, einer Reform, die auf die Forderungen der frommen Wählerschaft der AKP eingeht, und der Rückgabe eines Klosters an die assyrische Kirche, erlaubte es den Unterricht in kurdischer Sprache an Privatschulen, die Aufhebung des Verbots der Buchstaben Q, W und X (Teil des kurdischen, aber nicht des türkischen Alphabets) und die „Rückkehr“ von Dörfern zu ihren kurdischen Namen. Das Paket war beunruhigend, da es keinen direkten Bezug auf die Kurd:innen oder die sich zuspitzende kurdische Frage nahm und weder die notwendigen,

umfassenderen Sprach- und Bildungsreformen vorschlug noch Änderungen am türkischen Strafgesetzbuch ansprach, die den Weg für eine Freilassung der Tausenden inhaftierten kurdischen Aktivist:innen und Vertreter:innen geebnet hätten. Darüber hinaus wurde das Paket nicht in die Verhandlungen einbezogen, und trotz der langjährigen Interaktionen zwischen der PKK und dem Staat hat Letzterer nie ein politisches Programm für die Zukunft der Türkei vorgelegt. Dies bestärkte nur den Eindruck, dass ihre bruchstückhaften Vorschläge Teil einer parallelen, transaktionalen Schiene waren, bei der die AKP versuchte, kleinere Reformen gegen Wahlunterstützung einzutauschen, um die PKK ins Abseits zu drängen, anstatt ernsthafte Reformen durchzuführen, die die sich zuspitzende kurdische Frage in der Türkei angehen würden.

Mission Creep

In den Beratungen in İmralı erörterten Öcalan und die BDP/HDP-Delegation nicht nur die allgemeinen Grundsätze, die sie umsetzen wollten, sondern auch die praktische Organisation dieser Grundsätze, wobei sie eine klare Vision für die politische Umsetzung ihrer Ideen vorstellten. So diskutierten sie beispielsweise die Rolle und Funktion des Demokratischen Gesellschaftskongresses (*Demokratik Toplum Kongresi*, DTK), einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die als Parlament einer autonomen Region Kurdistan in der Türkei fungieren sollte, die innerhalb einer neuen Türkei, die aus einer Föderation autonomer Regionen besteht, eingerichtet werden sollte (Öcalan 2015: 288). Die Idee einer Türkei als Konföderation von Regionen muss von Erdoğan mit Bestürzung, um nicht zu sagen mit Verachtung aufgenommen worden sein, strebte er doch ein zentralisiertes Präsidialsystem mit direkter Kontrolle über einen Einheitsstaat an.

Bei den Treffen diskutierten Öcalan und die Delegation auch über die Kandidatur für Parteiposten, die Interventionen von Qandil in die Kandidatenlisten für die Kommunalwahlen 2014 (eine Intervention, die Öcalan empörte), die Institutionalisierung des Friedensprozesses, die Vermittlung und Beobachtung durch Dritte, die Spannungen mit der KDP, die mögliche Verlegung des KNK-Büros nach Erbil in der Kurdistan-Region im Irak, den Rückzug der PKK-Guerillakräfte und viele andere Themen. Die Fülle an Informationen, die der Staat in diesen zwei Jahren gesammelt hat, wäre für die Aufstandsbekämpfung von unschätzbarem Wert gewesen, da sie Einblicke in die Bandbreite der Ziele der kurdischen Bewegung auf allen Ebenen der politischen Planung ermöglicht hätten. Wären die Verhandlungen nicht als verdeckte geheimdienstliche Operation des Staates gedacht gewesen, hätten sie sich aufgrund der Fülle an Informationen, die die Treffen lieferten, durchaus zu einer solchen entwickeln können, als Folge der *Mission Creep*.

Schlussfolgerung

In ihrer Analyse des „Friedensprozesses“ argumentiert Elçin Aktoprak, dass die Treffen zwischen den Parteien zwar für relativ kurze Zeiträume zu einer Abwesenheit von Gewalt geführt haben, jedoch nicht einmal den Übergang zu einem dauerhaften negativen Frieden einleiten konnten, geschweige denn zu einem positiven Frieden (Aktoprak 2018: 153). Ein genauer Blick auf den „Friedensprozess“ des türkischen Staates und der Vertreter:innen der kurdischen Bewegung offenbart eine Reihe von verpassten Chancen. Strukturelle Reformen zur Demokratisierung der Türkei, insbesondere die Ablösung einer ethnischen Definition von Staatsbürgerschaft durch eine offene und pluralistische, verbunden mit einer gestärkten Zivilgesellschaft und lokalen Selbstverwaltung, hätten den Krieg beenden können.

Stattdessen ist er nicht beendet, die grundlegenden Fragen sind nach fast 40 Jahren Konflikt immer noch ungelöst.

Die AKP-Regierung reagierte positiv auf den Vorschlag der PKK, sich zurückzuziehen und zu entwaffnen, entkoppelte dies jedoch von den notwendigen Reformen. Damit verlangte sie nichts weniger als die Kapitulation, was nicht einmal annähernd der Definition eines negativen Friedens (keine Kämpfe) entsprach, geschweige denn der positiven Definition des Aufbaus dauerhafterer Regelungen für eine nachhaltige Zukunft. Während der Gesprächsrunden in Oslo und İmrali bezeichneten Erdoğan und hochrangige AKP-Vertreter die PKK weiterhin als terroristische Organisation, mit der sie keinen Deal machen würden. Die AKP scheint dies mit einem transaktionalen Ansatz zu verbinden, der auf die kurdische Wählerschaft abzielt, wobei der Austausch kleinerer Reformen und Dienstleistungen gegen Wählerstimmen als Mittel eingesetzt wird, um der PKK die Unterstützung der Bevölkerung zu entziehen, auf die sich der Aufstand stützt. Dies bestätigt den Gedanken, dass die Interaktionen mit Öcalan und der PKK ein taktisches Moment in einer Kriegsstrategie waren und nicht Teil eines politischen Prozesses der Reformen und der Gerechtigkeit.

Rückblickend auf die beiden Gesprächsrunden in Oslo und in İmrali ist der letztgenannte Prozess als Rückschritt gegenüber dem ersten zu werten. In Oslo fanden direkte Kontakte zwischen Vertreter:innen der PKK und des Staates statt, die von einer unabhängigen dritten Partei überwacht wurden. In İmrali wurden die direkten Kontakte weitgehend durch einen komplizierten indirekten Austausch ersetzt, bei dem die parlamentarische kurdische Partei Nachrichten zwischen Qandil, dem Staat und Öcalan hin- und herschickte, wobei die Delegationstreffen mit Öcalan im Gefängnis stattfanden, vom Staat unter hohem Zeitdruck überwacht und von einem Gefängnisbeamten kontrolliert wurden, wobei Informationen manchmal zurückgehalten wurden und eine Beobachtung durch Dritte fehlte. Darüber

hinaus hat die Türkei durch die Abschaffung der Vermittlung und der Beobachtung durch Dritte den Gesprächen jegliche formale Institutionalisierung genommen und den „Friedensprozess“ in ein parteipolitisches Instrument verwandelt. In Anbetracht der Tatsache, dass Öcalan und die Delegation ein breites Spektrum strategischer und taktischer Fragen im Zusammenhang mit der angestrebten Lösung aus ihrer Sicht, aber auch mit der kurdischen Bürgerbewegung und ihrer sozialen Mobilisierung und Institutionalisierung erörterten, kann die Überwachung der Treffen als wertvolle geheimdienstliche Operation bewertet werden.

Das Scheitern der Parteien, eine Einigung zu erzielen, lässt sich aus fünf sich teilweise überschneidenden Gründen erklären. Die erste Erklärung ist, dass die AKP nicht an einer politischen Verhandlungslösung interessiert war, sondern die Verhandlungen als Wahlkampfstrategie nutzte. Die zweite Erklärung betrifft die sich verändernde geopolitische Realität im Nahen Osten, in der die PKK an Stärke und Ansehen gewann, während dritte Akteure (die KDP und dschihadistische Gruppen) als mögliche Partner der Türkei auftauchten. Der dritte Grund ist instrumentell-ideologischer Natur und hängt mit der Wahrnehmung der kurdischen Frage als politische oder sicherheitspolitische Frage zusammen. Die vierte Erklärung ist die fehlende Institutionalisierung, die es ermöglichte, dass der Prozess durch Erdogans politische Agenda für ihn selbst und seine Regierung aufgelöst wurde. Und die fünfte Erklärung bezieht sich auf die absichtliche und/oder opportunistische Überwachung der Gespräche zur Stärkung der Geheimdienstposition.

Die Verhandlungen fanden vor dem Hintergrund von Gewalt und Massenverhaftungen statt, wobei die Parteivorsitzenden der drei Varianten der kurdischen Parlamentspartei (DTP, BDP und HDP) die Geschichte der Verbote fortsetzten, die den politischen Raum für die Äußerung politischer Forderungen, die überhaupt erst zur Gründung der PKK geführt hatten, negier-

ten. Der Kampf um die Rechte der Kurd:innen wurde immer wieder abgelehnt und vertrieben, selbst bei einem Versuch, der eigentlich auf ihre Anerkennung abzielte. Als die kurdische Bewegung auf nationaler Ebene zu einer politischen Kraft wurde, die die Ambitionen des Präsidenten vereitelte, wurde sie gewaltsam ins Visier genommen, und es kam zu einem Krieg in den Städten, um Wahlerfolge zu erzielen, wobei die Gewalt über die südlichen und östlichen Grenzen hinausging. Letztlich kann dies nur als direktes Ergebnis einer bewussten AKP-Politik gewertet werden, die darauf abzielte, die kurdische Bewegung als militärische Bewegung zu (re)produzieren, um sie mit Gewalt zu bekämpfen, anstatt den Weg zu einer demokratischen Türkei, einer pluralistischen Staatsbürgerschaft und der Stärkung der Bürgerrechte zu beschreiten.

Eine Auswertung der Protokolle und Berichte sowie der Literatur zu diesem Thema zeigt, dass der Kontext eine Rolle spielt. Die sich verändernden Machtverhältnisse im Nahen Osten, das Erstarken der PKK im Nordirak, das Entstehen der PYD, YPG und YPJ sowie die Partnerschaft mit den USA lösten in der Türkei große Bedenken aus. Die Türkei sah sich veranlasst, den politisch in die Enge getriebenen und wirtschaftlich abhängigen Barzani als Partner zu akzeptieren und die in Syrien aufgetauchten dschihadistischen Gruppen als willkommene Stellvertreter zu betrachten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, obwohl die kurdische Bewegung während der Osloer und auch der İmrâli-Gespräche voller Selbstvertrauen war, ein instrumenteller Ansatz für die „Verhandlungen“, die Partnerschaften mit Anti-PKK-Gruppen im Irak und in Syrien und die gesammelten Informationen und Möglichkeiten, die dies ermöglichten, zusammen die Bedingungen schufen, unter denen die Türkei beschloss, Krieg zu führen, anstatt Frieden zu schließen.

Quellen

- Akkaya, A. H.: *The Kurdistan Workers Party (PKK): National Liberation, Insurgency and Radical Democracy Beyond Borders, Dissertation Presented to the Faculty of Political and Social Sciences Ghent University in Fulfillment of the Requirements for the Degree of Doctor of Political Sciences*, Gent 2016.
- Akkaya, A. H. und J. Jongerden: „Reassembling the Political: The PKK and the project of Radical Democracy. in: *European Journal of Turkish Studies*, 12, 2012.
- Aktoprak, E.: *Between Authoritarianism and Peace: The Kurdish Opening in Turkey (2013–2015)*, in E. Nimni and E. Aktoprak (Hrsg.): *Democratic Representation in Plurinational States: The Kurds in Turkey*, Chaim 2018.
- Arendt, H.: *The Origins of Totalitarianism*. San Diego 1973.
- Barkey, H.: *On the KRG, the Turkish-Kurdish Peace Process, and the Future of the Kurds, Working Paper 12*, Washington 2015.
- Barkey, H. J. und G. E. Fuller: *Turkey's Kurdish Question*, Oxford 1998.
- Bozarslan, H.: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Can, O.: *The Motion before Turkey's Constitutional Court to Ban the pro-Kurdish HDP*, Berlin 2021.
- Çandar, C.: *Turkey's Mission Impossible: War and Peace with the Kurds*, London 2020.
- Casier, M., J. Jongerden und N. Walker: „Fruitless Attempts? The Kurdish Initiative and Containment of the Kurdish Movement in Turkey“, in: *New Perspectives on Turkey*, 44, 2011.
- Christofis, N.: *Erdoğan's 'New' Turkey: Attempted Coup d'état and the Acceleration of Political Crisis*, London 2020.
- Cicek, C. und V. Coskun: *The Peace Process From Dolmabahçe to Present-Day: Understanding Failure and Finding New Paths*, Istanbul 2016.
- Corut, I.: *An ethnographic account of compulsory public service by doctors in Hakkari: the limits of the AKP assimilation strategy and the production of space*, in Z. Gambetti und J. Jongerden (Hrsg.): *The Kurdish Issue in Turkey: A Spatial Perspective*, London 2015.
- Dag, R.: „The Spillover Effect of the Syrian Crisis on the Peace Process in Turkey“, in: *Journal of Asian and African Studies*, 53, 2018.
- Danforth, N.: „Why Turkey and the PKK Have Failed to Make Peace“, in: *Foreign Policy Research Institute*, 2016.

- Dicle, A.: *2005–2015 Türkiye-PKK Görüşmeleri*, Neuss 2017.
- Ercan, H.: „Talking to the ontological other: armed struggle and the negotiations between the Turkish state and the PKK“, in: *Dialect Anthropol*, 37, 2013.
- Göksel, N. und B. Mandiraci: „New Turkey-PKK Peacetalks: An inevitability postponed“, in: *Turkish Policy Quarterly*, 15(5), 2016.
- Gunes, C.: *The Kurdish national movement in Turkey: from protest to resistance*, London 2012.
- Gunes, C.: *The Kurds in a New Middle East: The Changing Geopolitics of a Regional Conflict*, Cham 2019.
- Gunter, M.: *The Kurds Ascending: The evolving solution to the Kurdish issue in Iraq and Turkey*, New York 2008.
- Gunter, M.: *Turgut Özal and the Kurdish Question* in M. Casier und J. Jongerden (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London 2011.
- Gunter, M. M.: „The Turkish-Kurdish Peace Process“, in: *Georgetown Journal of International Affairs*, 14(1), 2013.
- Gurses, M.: *Sociopolitical Impacts of the Kurdish Conflict in Turkey*, Ann Arbor 2018.
- Casier, M. und J. Jongerden, A. Hilton: „Road Maps‘ and Roadblocks in Turkey’s Southeast“, in: *Middle East Report*, 2009.
- Inis, E. und G. Nielsen: *Acts of Citizenship*, London 2008.
- Jongerden, J.: *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds: an Analysis of Spatial Policies, Modernity and War*, Leiden & Boston 2007.
- Jongerden, J.: „An ill-managed process“, in: *Turkish Review*, 4(1), 2014.
- Jongerden, J.: „Conquering the state and subordinating society under AKP rule: a Kurdish perspective on the development of a new autocracy in Turkey“, in: *Balkan and Near Eastern Studies*, 21(3), 2019.
- Jongerden, J.: „Learning from Defeat: Development and contestation of the ‚new paradigm‘ within Kurdistan Workers’ Party (PKK)“, in: *Kurdish Studies* 7(1), 2019.
- Jongerden, J.: *Militarization of the Kurdish Issue*, in G. Çelik und R. H. Linden (Hrsg.): *Turkey in Transition: The Dynamics of Domestic and Foreign Politics*, Boulder 2019.
- Jongerden, J. und A. H. Akkaya: *People Beyond the State: Kurdish Movements and Self-Determination in the 20th and 21st centuries*, in H. Bozarslan, C. Gunes und V. Yadirg (Hrsg.): *The Cambridge History of the Kurds*, Cambridge 2021.

- Kapmaz, C.: *Öcalan'ın İmralı Günleri*, İstanbul 2011.
- Kose, T.: „Rise and Fall of the AK Party's Kurdish Peace Initiatives“, in: *Insight Turkey*, 19(2), 2017.
- Öcalan, A.: *Yol Haritası: Türkiye'de demokratikleşme sorunları Kürdistan'da çözüm modelleri*, Neuss 2011.
- Öcalan, A.: *Demokratik Kurtuluş ve Özgür Yasami İnsa: İmralı Notları*, Neuss 2015.
- Ozkahraman, C.: „Failure of Peace Talks between Turkey and the PKK: Victim of Traditional Turkish Policy or of Geopolitical Shifts in the Middle East?“, in: *Contemporary Review of the Middle East*, 4(1), 2017.
- Özpek, B. B.: „Paradigm Shift between Turkey and the Kurds: From ‚Clash of the Titans‘ to ‚Game of Thrones‘“, in: *Middle East Critique*, 27(1), 2018.
- Özpek, B. B.: *The Peace Process between Turkey and the Kurds: Anatomy of a failure*, London 2018.
- Park, B., J. Jongerden, F. Owtram und A. Yoshioka: „On the Independence Referendum in the Kurdistan Region of Iraq and Disputed Territories in 2017“, in: *Kurdish Studies*, 5(2), 2017.
- Richards, P.: *No Peace, No War: An anthropology of contemporary armed conflicts*, Athen 2005.
- Savran, A.: „The Peace Process between Turkey and the Kurdistan Workers' Party, 2009–2015“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies*, 22(6), 2020.
- Tezcür, G. M.: „When democratization radicalizes: The Kurdish nationalist movement in Turkey“, in: *Journal of Peace Research*, 47(6), 2010.
- Toktamis, K. F.: „A peace that wasn't: friends, foes, and contentious re-entrenchment of Kurdish politics in Turkey“, in: *Turkish Studies*, 19(5), 2018.
- Toktamış, K. F.: „(Im)possibility of negotiating peace: 2005–2015 peace/reconciliation talks between the Turkish government and Kurdish politicians“, in: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 21(3), 2019.
- Villellas, A.: „New Peace Talks in Turkey: Opportunities and Challenges in Conflict Resolution“, in: *Insight Turkey*, 15(2), 2013.
- Webel, C. und J. Galtung: *Handbook of Peace and Conflict Studies*, London 2007.
- Yegen, M.: *The Kurdish Question in Turkey: Denial to Recognition*, in

M. Casier und J. Jongerden (Hrsg.): *Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue*, London & New York 2011.

Yegen, M.: „Armed Struggle to Peace Negotiations: Independent Kurdistan to Democratic Autonomy, or The PKK in Context“, in: *Middle East Critique*, 25(4), 2016.

